

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Haushalt

Die Koalition erhöht auf grüne Initiative die Mittel für Klimaschutz-Projekte. **S. 2/3**

Biodiversität

Der Insektenschutz wird ein zentraler Pfeiler der Bremer Biodiversitätsstrategie. **S. 4**

Meldestelle für Hass im Netz

Bremen richtet auf grüne Initiative eine zentrale Meldestelle für Hass-Angriffe im Internet ein. Die Opfer sollen rechtliche und psychologische Hilfe erhalten. Außerdem sollen Hass-Postings künftig online angezeigt werden können. Zugleich soll bei der Staatsanwaltschaft ein Schwerpunkdezernat eingerichtet werden, um Hetze, Beleidigungen und Anfeindungen bei Twitter & Co. besser verfolgen zu können. „Hass und Hetze im Netz sind ein Angriff auf die Demokratie. Schutz vor Gewalt muss auch im Internet konsequent umgesetzt werden“, betont der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Grüngürtel bleibt geschützt



Mit dem Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 stellt die Koalition die Weichen für den Übergang zur klimaschonenden Flächenkreislaufwirtschaft. Dieser Paradigmenwechsel ist angesichts von begrenztem Flächenvorrat, Klimawandel und Artensterben zukunftsweisend. Der ökologisch wertvolle Grüngürtel um Bremen wie z.B. auch die Ochtmunniederung südlich des Flughafens bleibt unangetastet. Auch die Kleingartengebiete bleiben grundsätzlich geschützt. Die Dispositionsreserve – also der Vorrat an vollständig erschlossenen Flächen zur gewerblichen Nutzung – wird künftig stetig steigend aus bereits versiegelten

Brach- und Konversionsflächen gefüllt. „Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch wertvoller Naturflächen entkoppeln. Die Zukunft gehört den Brach- und Konversionsflächen im Stadtgebiet. Ihre Entwicklung muss mit mehr Flächeneffizienz und hoher Arbeitsplatzdichte, nachhaltiger Bauweise, regenerativer Energieversorgung und klimafreundlicher Verkehrsanbindung einhergehen. Mit dem Flächenvorrat müssen wir sparsam und strategisch umgehen. Wir müssen den industriellen Kernen unserer Stadt Platz zum Wachsen und zur ökologischen Transformation anbieten“, so der wirtschaftspolitische Sprecher Robert Bücking.



Vorfahrt für mehr Klimaschutz

Klimaschutz, Bildung und Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen sind die Grundpfeiler des Haushaltes 2022/23. Die Regierungsfractionen verstärken diese Zielrichtung mit ihren 40 Millionen Euro umfassenden Änderungen an den Haushaltsentwürfen. „Die Koalition hält Kurs. Wir verabschieden einen soliden Haushalt, der Bildung stärkt, für sozialen Ausgleich sorgt und die existenzielle Herausforderung des Klimawandels annimmt. Wir werfen den Solar-Turbo an und bringen Schwung in die Wärmewende. Auf dem Weg zu klimafreundlicher Wärmeversorgung und energetischer Haussanierung lassen wir die Menschen nicht

allein. Sie erhalten im geplanten Klima-Bauzentrum versierte Unterstützung aus einer Hand“, so der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Beim Klima- und Umweltschutz steuert die Koalition auf grüne Initiative deutlich nach: Um die Sanierung öffentlicher Gebäude und den Umstieg auf Solar-Energie zu beschleunigen, stehen nun die benötigten Mittel für die Planung bereit. Zudem legt die Koalition ein Förderprogramm für die Fälle auf, in denen Solar-Anlagen bisher nicht wirtschaftlich sind – das gilt z.B. für die Überdachung von Parkplätzen mit Photovoltaik-Anlagen. Angesichts der Klimakrise ist auch in der Energiepolitik ein

Richtungswechsel nötig. Die Wärmeversorgung von Gebäuden ist der schlafende Riese der Energiewende. Die Gasheizung ist ein Auslaufmodell, das durch CO₂-freie Energieträger ersetzt werden muss. Für die Planung klimafreundlicher Wärmenetze stellen die Regierungsfractionen die Mittel für das Personal bereit. Das betrifft zum einen die strategische Planung, welche Areale für Solar-Thermie und Saisonwärmespeicher genutzt werden, wo Großwärmepumpen errichtet werden und welche Gebiete zentral oder

„Bildung und Klimaschutz sind die Pfeiler des Haushalts.“

Björn Fecker

dezentral mit Wärme versorgt werden. Für den massiven Ausbau der Wärmenetze sind zum anderen aber auch Planfeststellungsverfahren und Beteiligungsformate nötig.

Der Abschied von der gebräuchlichen Gasheizung zeigt: Auf die Menschen kommen große Umwälzungen zu. Um sie damit nicht alleine zu lassen, richtet Bremen auf grüne Initiative ein zentral gelegenes Klima-Bauzentrum für die Beratung aus einer Hand ein. Dort werden die Kompetenzen von Energiekonsens, Bauraum, Handwerk, Wissenschaft und öffentlicher Hand unter einem Dach gebündelt.

Neben diesen wegweisenden Vorhaben sind auch eine Reihe weiterer Maßnahmen für den Klimaschutz wichtig: So sorgt die Koalition für mehr Energieberatung in ärmeren Quartieren. Für den städtischen Klinikverbund stehen mehr Mittel zur Verfügung, um gesunde Bio-Kost aufzutischen. Gefördert werden Urban Gardening-Projekte. Auch ein Budget für insektenfreundliche Blühflächen ist vorgesehen. Finanziert werden gut zehn Hundesaufflächen sowie die Einrichtung und Betreuung von Taubenschlägen.

Klar erkennbar ist die grüne Handschrift auch im Bildungsbereich. Damit künftig kein Kind mehr durchs Raster fällt, werden die Sprachstandserhebung und die Sprachförderung verbindlicher. Jedes Kind, das Sprachförderung braucht, muss diese auch vor der Einschulung erhalten. Dafür wird zusätzliches Personal im Etat veranschlagt.

Um mehr Fördermittel abrufen zu können, wird ein Planungsmitteltopf eingerichtet. Für die Verkehrsüberwachung gibt's zusätzliche Stellen. Die seelische Gesundheit von Polizist*innen wird mit einem neuen Fortbildungsangebot unterstützt. Die Arbeit von Trauerland wird ebenso abgesichert wie das medizinische Zentrum von Pro Familia. Die Koalition verstärkt auf grüne Initiative die Arbeit gegen häusliche Gewalt und psychosoziale Prozessbegleitung. Für den Aufbau eines Zentrums für seelische Gesundheit im Bremer Westen stehen die Planungsmittel bereit, für ambulante

Psychiatrieprojekte wird ein Förderpotenzial eingeplant. Die Häuser der Familie erhalten mehr Projektmittel. Die Beratung für queere Geflüchtete bleibt erhalten, für Alleinerziehende aus Westafrika gibt's ein Hilfsangebot. Auf Beratung können künftig auch Menschen zählen, die auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Der Clubverstärker e.V. kann mit höherer Förderung rechnen, für das Regierungsprogramm 'Bremen jung und kreativ' wird eine Koordinierungsstelle finanziert. Eine Engagementstrategie wird ebenso gefördert wie mehr C-Lizenzen für Übungsleiter*innen.

Alle Änderungen am Etat hier: www.gruene-fraktion-bremen.de



Artensterben stoppen

Auf grüne Initiative wird der Insektenschutz zum Pfeiler der Bremer Biodiversitätsstrategie.

Das Artensterben hat dramatische Ausmaße angenommen, Rund ein Viertel der bekannten Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht. Allein in deutschen Schutzgebieten ist die Biomasse an Insekten in den vergangenen 30 Jahren um über 75 Prozent zurückgegangen. Intensive Landwirtschaft mit Pestizideinsatz, ungebremste Versiegelung von Grünflächen und der beschleunigte Klimawandel sind die Treiber des katastrophalen Artensterbens. Vor diesem Hintergrund hat Bremen auf grüne Initiative eine Biodiversitätsstrategie beschlossen. Ein Insektenschutzprogramm ist dafür ein tragender Pfeiler. Für neue Blühflächen wird auf grüne Initiative über eine halbe Million Euro bereitgestellt.

„Über 80 Prozent der heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Sterben Biene & Co. aus,

kollabieren die Ökosysteme. Es gilt jetzt zu retten, was noch zu retten ist. Die Biodiversitätsstrategie dient dem Schutz unserer Lebensgrundlagen. Dabei spielt der Insektenschutz eine herausragende Rolle. Wir haben von Blühflächen bis Grünfassaden viele Möglichkeiten, die kleinen ökologischen Riesen zu schützen“, so der umweltpolitische Sprecher Ralph Saxe.

Der Antrag sieht umfangreiche Maßnahmen für den Insektenschutz vor. So soll der Senat z.B. den Pestizideinsatz auf öffentlichen Flächen unterbinden. Mehr begrünte Haltestellen, insektenfreundliche Blühflächen und naturnah gestaltete Friedhofsflächen gehören ebenso dazu wie eine extensive Pflege der Grünflächen. Das Förderprogramm für die Dach- und Fassadenbegrünung soll erweitert werden. Auch bei Baum-Pflanzungen und der Auswahl von Straßenbeleuchtung soll der Insektenschutz künftig eine größere Rolle spielen.



Tierschutz gestärkt

Der Tierschutz erhält in Bremen und Bremerhaven auf grüne Initiative mehr Gewicht: Nachdem zunächst die unabhängige Stelle für eine*n Landes-tierschutzbeauftragte*n beschlossen wurde, ist nun auch das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine ausgeweitet worden. Neu sind fortan die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage. „Das erweiterte Verbandsklagerecht ist ein Meilenstein, um die Rechte zum Schutz von Tieren besser durchzusetzen. Wenn Rinder nicht nach dem Tierschutzgesetz gehalten, Zirkustiere missbraucht oder Haustiere vernachlässigt werden und der Staat nicht handelt, haben Tierschutzvereine fortan mehr Möglichkeiten zum Eingreifen“, so der tierpolitische Sprecher Philipp Bruck.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Carsten Steger (Luftaufnahme
Airport Bremen), iStockphoto